



Assanges Anwältin Jennifer Robinson über die Gefahren einer Auslieferung Julian Assanges

Das ursprüngliche Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den Inhalt nicht wortgenau wieder.

Moderatorin:

Unsere nächste Sprecherin ist Jen Robinson. Jen ist für die Londoner Abteilung der Kanzleigruppe Doughty Street Chambers tätig. Sie ist Mitglied und Beraterin des Verteidigungsteams von Julian Assange und hat kürzlich die UN-Untersuchung des Todes des Journalisten Jamal Khashoggi in Fragen des internationalen Rechts beraten. Ich möchte außerdem den Labour-Abgeordneten und Kandidaten für den stellvertretenden Vorsitz der Labour Partei, Richard Burgon, begrüßen, der gerade gekommen ist. [Applaus] Du hast das Wort, Jen.

Jennifer Robinson [JR]:

Wir befinden uns in einer Situation, in der einem Journalisten und Herausgeber 175 Jahre Gefängnis drohen, weil er der Wahrheit entsprechende Informationen veröffentlicht hat. Weil er jene Inhalte veröffentlicht hat, die zu einer Nominierung für den Friedensnobelpreis führten. Er hat in Australien den Sydney Peace Prize und den Walkley Award für die besten Beiträge zum Journalismus gewonnen.

So krass ist die Situation und so bedrohlich ist die Lage, in der Julian Assange sich befindet. Ich denke immer, dass es wichtig ist, sich daran zu erinnern, was das für Publikationen waren und welche Bedeutung sie hatten. Die Veröffentlichungen, für die er jetzt in einem Hochsicherheitsgefängnis in Belmarsh am Rande dieser Stadt sitzt:

Collateral Murder, Kollateral-Mord, der Videobeweis für ein Kriegsverbrechen, die Ermordung von Journalisten in einer Situation, in der sie keinerlei Bedrohung darstellten. *Die Afghan War Logs (Afghanistan-Protokolle)*, *die Iraq War Logs (Irak-Protokolle)* mit ihrem Beweismaterial für Folter, die Misshandlung politischer Häftlinge, die Tötung von Zivilisten, die weit über das hinaus ging, was die US-Regierung ihren eigenen Bürgern und der Welt weismachte. *Cable-Gate*, die diplomatischen Berichte, die die wahre Natur des US-Imperialismus enthüllten: die Tatsache, dass die USA die Ausspionierung von UN-Diplomaten betrieben hatten, Korruption, Folter, Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen überall auf der Welt.

Das sind die Publikationen, für die er im Gefängnis sitzt. Dass ist genau das Material, für das WikiLeaks und seine Medienpartner auf der ganzen Welt mit Preisen für Journalismus ausgezeichnet worden sind. Das ist dasselbe Material, auf das der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sich berief, um die europäischen Staaten für ihre Komplizenschaft mit den Auslieferpraktiken und Geheimgefängnissen der CIA zur Verantwortung zu ziehen. Das ist dasselbe Material, das sowohl hier vor dem britischen Obersten Gerichtshof als auch vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag im Fall der Chagos-Inseln zitiert wurde, womit ein Präzedenzfall dafür geschaffen wurde, dass von WikiLeaks veröffentlichte Drahtberichte in Menschenrechtsfällen auf der ganzen Welt und ganz bestimmt in Großbritannien und im Commonwealth als Beweismaterial verwendet werden können.

Ich denke außerdem, dass es wichtig ist, sich daran zu erinnern, dass Julian für genau die Publikationen im Gefängnis sitzt, die auch von den Medienpartnern von WikiLeaks rund um die Welt veröffentlicht wurden: *Der Spiegel*, *The New York Times*, *The Guardian*, *Le Monde*, *El Pais*. Aber bis jetzt ist Julian die einzige Person, die für diese Veröffentlichung strafrechtlich verfolgt wird. Bis jetzt zumindest.

Seit 2010 haben wir davor gewarnt, was dieser Präzedenzfall bedeuten würde, sagte doch der Justiziar der *New York Times* damals: „Im Hinblick auf diese Veröffentlichungen ist es unmöglich, zwischen dem, was WikiLeaks getan hat und dem, was die *New York Times* getan hat, zu unterscheiden.“ Aus diesem Grund haben wir schon seit Jahren dafür plädiert, dass die Medien an der Seite von WikiLeaks stehen müssten, um diesen Präzedenzfall zu verhindern, weil er eine furchterregende Wirkung auf den investigativen Journalismus überall auf der Welt hat. Nun haben wir die Anklageschrift aus den Vereinigten Staaten, genau das, wovon wir seit 2010 gewarnt haben, und wir können sehen, dass diese Anklage den Versuch darstellt, Journalisten für absolut übliche Formen der Kommunikation mit ihren Quellen und Publikationen im Interesse der Öffentlichkeit zu bestrafen. Dies stellt, wie die *New York Times* und der *Washington Post* deutlich erkannten, eine Kriminalisierung journalistischer Praktiken dar, wie sie seit Jahrzehnten im Interesse der Öffentlichkeit angewendet werden.

Wir sprechen hier darüber, was dieser Fall bedeutet, und ich denke, das gilt sowohl für seine Bedeutung für Journalisten und Herausgeber rund um die Welt und ihr Verhältnis zu den USA als auch dafür, welche Botschaft damit an andere Länder übermittelt wird. Der Präzedenzfall, den die Trump-Administration hier schaffen will, bedeutet, dass jeder Journalist, Redakteur oder Herausgeber egal wo auf der Welt, der wahrheitsgemäße Informationen über die Vereinigten Staaten erhält und veröffentlicht, von diesen strafrechtlich verfolgt und an sie ausgeliefert werden kann. Welche Botschaft an China oder Russland oder Saudi-Arabien stellt das dar? Wie würden wir hier in Großbritannien reagieren, wenn ein britischer Journalist geheime Informationen aus Saudi-Arabien über den Mord an Jamal Khashoggi veröffentlichen würde und Saudi-Arabien ihn dann anklagen und seine Auslieferung beantragen würde, um ihn ins Gefängnis zu sperren? Ganz zu schweigen von 175 Jahren Haft für das „Vergehen“ im öffentlichen Interesse solche Informationen publiziert zu haben. Es würde einen Aufschrei geben und das zurecht. Wir sehen bereits, wie jetzt in Bolsonaros Brasilien der US-Journalist Glenn Greenwald anhand derselben

juristischen Konstruktion verfolgt wird, wie die USA sie im Fall Assanges verwenden. Das heißt, dass Journalisten für die angeblich illegalen Handlungen ihrer Quellen, mit denen diese unter Verstoß gegen ihre eigenen rechtlichen Verpflichtungen Informationen weitergeben, kriminalisiert und der Verschwörung angeklagt werden können. Das ist ein sehr gefährlicher Präzedenzfall. Heute mag es Julian, heute mag es Glenn Greenwald sein. Aber wer kommt als Nächstes?

Ich denke, es ist wichtig, dass Kristinn Hrafnsson, der amtierende Herausgeber von WikiLeaks, hier die Semantik betonte, derer sich die CIA bediente. Es war 2017 der damalige CIA-Direktor Mike Pompeo, der WikiLeaks als erster als feindlichen nichtstaatlichen Nachrichtendienst bezeichnete. Diese Art von Semantik ist genau das, was wir von der US-Regierung auch in anderen Kontexten zur Rechtfertigung von Vorgehensweisen gehört haben, die früher undenkbar waren, zum Beispiel, wenn wir von Folter als „verbesserten Verhörtechniken“ sprechen, ein Begriff, der zur politischen Rechtfertigung einer inakzeptablen und illegalen Praxis benutzt wird. Oder wenn wir in der um Guantanamo herum aufgebauten Phraseologie von „unrechtmäßigen feindlichen Kombattanten“ sprechen, um Menschen unter Bedingungen einzusperren, die bis dahin, zumindest in den USA selbst, kaum vorstellbar gewesen waren. Das ist der Präzedenzfall, der hier geschaffen werden soll: Dass ein Publizist, ein Journalist und eine journalistische Organisation, eine preisgekrönte Organisation zur Veröffentlichung von Informationen zu einem „feindlichen nichtstaatlichen Nachrichtendienst“ abgestempelt werden. Wir müssen uns vor dieser Art von Semantik sehr in Acht nehmen und jetzt sehen wir sie auch nicht mehr nur im Wutgeheul eines CIA-Direktors, sondern auch in den Argumenten des US-Außenministeriums denen zufolge Nicht-US-Bürger keinen Anspruch auf den Schutz des Ersten Verfassungszusatzes zur Meinungsfreiheit haben.

Die Auslieferungsanhörung wird am 24. Februar fortgesetzt. Im Mai gibt es dann noch einmal drei weitere Wochen Beweisanhörung. Wir sind hier in der Situation, einen Fall zu verteidigen, in dem die einzige Supermacht der Welt zehn Jahre Zeit hatte, sich vorzubereiten, und dabei unter anderem unsere Anwaltsgespräche ausspioniert hat. Wir wissen, dass meine Treffen mit Julian unter Bruch des Anwaltsgeheimnisses aufgezeichnet und diese Aufzeichnungen dann den Vereinigten Staaten übergeben wurden. Wir haben außerdem Probleme gehabt, überhaupt zu Julian ins Gefängnis zu kommen; wir hatten Schwierigkeiten, ihn zu besuchen. Wir mussten mit Rechtsmitteln drohen, damit man uns erlaubte, ihm Dokumente zukommen zu lassen. Er hat immer noch nicht die datentechnischen Möglichkeiten im Gefängnis, die er braucht, um sich in diesem Fall zu verteidigen. Aber wir werden alles tun, was wir können.

Es ist wirklich wichtig, was wir hier tun und Julian, den ich heute Morgen im Gefängnis gesehen habe, hat mich gebeten, euch allen zu danken, allen die auch weiter zu Veranstaltungen wie dieser kommen, um gegen die Situation zu protestieren und sowohl WikiLeaks als auch die Courage Foundation zu unterstützen, die Mittel für seine Verteidigung sammelt. Es gibt etwas, womit ich als jemand, die die letzten Jahre in seinem Verteidigungsteam gearbeitet hat, immer zu kämpfen hatte. Ich habe ihn im Dezember 2010

zur Polizei gebracht. Seit dieser Zeit ist seine Freiheit immer scharf beschränkt gewesen, ob unter dem Hausarrest innerhalb der Botschaft oder jetzt in der Haft in einem Hochsicherheitsgefängnis. Während dieser ganzen Zeit musste ich mich der Normalisierung dieser Behandlung eines preisgekrönten Journalisten widersetzen und es ist wichtig, dass wir das auch weiterhin tun. Herzlichen Dank, dass Sie gekommen sind und herzlichen Dank auch an die Organisatoren dieser Veranstaltung.

ENDE